



Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Trier-Saarburg

Paul Port

Rede zum Thema:  
Haushaltsentwurf 2020

Kreistagssitzung am : 16.12.2019

„Herr Landrat, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Auf den ersten Blick enthält der vorliegende Haushaltsentwurf inhaltlich, gemessen an dem der Vorjahre, nichts sensationell Neues.

Dennoch haben sich die Vorzeichen, bezogen auf Zukunftsperspektiven für diesen und die kommenden Haushalte dramatisch verändert.

Der Grund hierfür ist die Klimadebatte welche im Laufe dieses Jahres dermaßen Fahrt aufgenommen hat, dass zukünftig nichts mehr sein wird wie es war.

Endlich hat der von Menschenhand gemachte Klimawandel in der öffentlichen Wahrnehmung den Stellenwert erreicht der ihm gebührt. Sehr zur Freude von Bündnis 90/Die Grünen die seit ihrer Gründung dieses Thema auf der Agenda hatten und auch weiterhin haben werden.

Was ist passiert?

Da hat eine 16-jährige Schülerin mit der Initiierung der Fridays for Future-Bewegung eine Lawine losgetreten, die nicht mehr aufzuhalten ist.

Eine Bewegung, welche im konservativen Spektrum reflexartig als Schulschwänzer diffamiert wurde.

Ich durfte einige dieser Jugendlichen kennenlernen und glauben Sie mir eins, das sind keine Schulschwänzer, sondern durchweg intelligente und wache Leute welche bereit sind über den Tellerrand hinaus zu schauen, nicht in Legislaturperioden denken und, im Gegensatz zu vielen Politikern, das Wort Generationen-Vertrag ernst nehmen.

Im Rückblick auf die vergangenen Wahlen ist vielleicht bei manch Einem/er aus dem konservativen Lager die Erkenntnis gereift, dass Er/Sie das Wort „Schulschwänzer besser“ gepfiffen hätte anstatt gesagt,.

Aber was hat das alles mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu tun?

Sehr viel!

Sämtliche Teilhaushalte müssen zukünftig auf Nachhaltigkeit und CO<sup>2</sup>-Bilanz geprüft werden, wollen wir die vom Bund gesetzten Klimaziele für 2030 erreichen.

Ungeachtet der Unfähigkeit der Großen Koalition in Berlin ihre selbst gesteckten Ziele zu erreichen, sollten wir auf kommunaler Ebene alles daran setzen, dass zumindest dort das gesteckte Ziel 2030 erreicht werden kann.

Global denken, lokal handeln muss die Botschaft heißen!

Dazu ist es aus Sicht von Bündnis90/Die Grünen zwingend erforderlich, einen Klimaschutzmanager mit der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes zu beauftragen, ein Konzept, welches auch die nachgeschalteten kommunalen Gebietskörperschaften, nämlich VG's und Ortsgemeinden gleichermaßen mit einbezieht und koordiniert.

Es ist ein zugegebenermaßen sehr ambitioniertes Vorhaben eine solche Querschnittsaufgabe zu bewältigen und unserer Meinung nach mit dem vorhandenen Personal aus Kapazitätsgründen nicht machbar.

Deshalb verweisen wir an dieser Stelle auf den gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken für die KT-Sitzung am 28.10.2019.

Dieser beinhaltet genau diese Forderung und darüber hinaus die Aufnahme eines Klimaschutzmanagers in den Stellenplan dieses Haushaltsentwurfs. Wenn ich mich recht daran erinnere, haben wir uns auch mehr oder weniger darauf geeinigt.

Umso überraschter war ich darüber, dass diese Stelle im vorliegenden Plan fehlt.

Auf Nachfrage meinerseits erklärte man mir, dass es da noch an einer konkreten Stellenbeschreibung fehlen würde.

Meine Damen und Herren etliche Kommunen in Rheinland-Pfalz und sogar in unserer direkten Nachbarschaft haben bereits die Stelle eines Klimaschutzmanagers geschaffen.

Da braucht man einfach nur mal nachzufragen.

Die geforderten Handlungsfelder und Empfehlungen für eine weitere Vorgehensweise sind ebenfalls in unserem Antrag definiert.

**Wir stellen hiermit den Antrag, die Stelle eines Klimaschutzmanagers in den Stellenplan aufzunehmen.**

Ein zentrales Handlungsfeld wäre da beispielsweise die Abteilung 3, Gebäudemanagement.

Da wurde bereits in der Vergangenheit sehr viel im Sinne des Klimaschutzes umgesetzt, z.B. die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern von Kreiseigenen Gebäuden, strikte Einhaltung der EnEV, neue Wege der Energieoptimierung in Form von BHKW's, Eisspeicher und die Verwendung von nachhaltigen Baustoffen um nur einige zu nennen.

Hier gilt unser Dank der kompletten Abteilung und insbesondere dem Leiter Hr. Dr. Stadt.

Diese Linie gilt es konsequent beizubehalten.

Das war in der Vergangenheit nicht immer so.

Allerdings ist die Abteilung Gebäudemanagement auch verantwortlich für den Bauunterhalt.

Hier liegt noch einiges im Argen.

Der Bauunterhalt dient der Werterhaltung baulicher Anlagen. Wer den Bauunterhalt durch die Überfrachtung der Abteilung mit Neubaumaßnahmen bei gleichzeitiger personeller Unterbesetzung dermaßen vernachlässigt, der vernichtet Kapital.

Legt man die bundesweit geltenden Maßstäbe zugrunde, dann müssten in diesen Haushalt für die kreiseigenen Gebäude statt 1 Mio. 4 Mio. € eingestellt sein.

Allein schon deshalb müssten wir diesen Haushalt ablehnen!  
Das hat nämlich nichts mehr mit Nachhaltigkeit zu tun!

Wir tun es in diesem Punkt allerdings deshalb nicht, weil wir anerkennen, dass hier ehrlich gemeinte Anstrengungen unternommen werden und wurden, diese personelle Unterbesetzung durch Ausweitung der Personaldecke entgegenzuwirken. Auch dafür Hr. Dr. Staadt unser Dank für Ihre Hartnäckigkeit.

### **Nun zum vorliegenden Haushalt.**

Ich möchte hier nicht mit Zahlen langweilen, sondern das Augenmerk auf wichtige Punkte richten, die uns in der Fraktion besonders beschäftigen.

Zuerst ist da im Moment natürlich das Kreiskrankenhaus, dass uns nach wie vor Sorgen bereitet. Hoffen wir, dass wir in den kommenden Jahren mit dem neuen Partner die Situation verbessern können und doch noch zu einer positiven Entwicklung kommen. Wir haben bereits viel über das Thema diskutiert und auch darüber gesprochen, ob es fair und gerecht ist, wenn alle Gemeinden im Kreis für ein Krankenhaus zahlen müssen, obwohl ein Teil der Bürger es aufgrund der räumlichen Entfernung nicht oder nur in geringem Maße in Anspruch nimmt. Die für 2020 prognostizierte Verlustübernahme beläuft sich auf 7 Mio., das sind rund 5 Umlagepunkte.

Wir halten es aber nach wie vor für richtig darüber nachzudenken, ob und wie die vom Krankenhaus profitierenden Verbandsgemeinden, und das sind in erster Linie Saarburg-Kell und Konz dazu beitragen können, die Lasten für den Kreis zu mindern.

Was spricht beispielsweise dagegen, dass diese Verbandsgemeinden Anteile der GmbH übernehmen und somit Ihren Beitrag zum Erhalt des Krankenhauses leisten?

Unabhängig davon stehen wir nach wie vor für dessen Erhalt in Trägerschaft des Kreises.

Digitalpakt:

Der Bund stellt zur Ausgestaltung der digitalen Infrastruktur von Schulen Sondermittel zur Verfügung. Das ist begrüßenswert und längst überfällig. Darüber hinaus sind die Schulen gefordert hinter ihre zu meldenden Bedarfe auch pädagogische Konzepte zu erarbeiten, um diese Infrastruktur optimal zu nutzen. Und zwar in Grundschulen, Förderschulen und weiterführenden Schulen!

Auch dies findet unsere Zustimmung.

Die Frage in wie weit es sinnvoll ist auch Erst- und Zweitklässler da einzubinden haben wir nicht zu entscheiden, das ist den Pädagogen vorbehalten.

Wichtig ist für uns, dass bei der Ausleuchtung mit WLAN auf ein einfach handhabbares System zum Ein- und Ausschalten der Router geachtet wird, um unsere Kinder nicht einer Dauerstrahlung auszusetzen.

Wir sollten uns aber auch darüber im Klaren sein, das, wenn die Förderperiode ausläuft die Unterhaltung und Betreuung der Anlagen voll zu unseren Lasten geht. Dies ist lediglich eine Feststellung und ändert nichts an der Zustimmung der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zu diesem Pakt.

Edu-Hub:

Dem EDU Hub an sich - mit ca. 35.000 € - könnten wir insbesondere, wenn es zu Synergieeffekten mit dem Digital Hub in der Stadt Trier kommen wird - zustimmen.

Es ist ein Angebot an unsere Mittelständischen Betriebe durch Schüler\*innen des BNTs, IT-basierte Optimierungen in ihren Unternehmen anzustoßen. Eine Verknüpfung von Schule und Wirtschaft also!

An dieser Stelle fragen wir uns jedoch, ob die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Trier-Saarburg für die Einrichtung eines Edu-HUBs wirklich einen Anbau am BNT braucht. Wir hätten uns in der Raumsuche mehr Kreativität der Verantwortlichen gewünscht.

Uns wurde gesagt, dass sowohl die Planung als auch die Bauleitung und -betreuung durch die Lehrer des BNT erfolgen soll. Das sehen wir ebenfalls kritisch insbesondere bezogen auf den Unterschied zwischen Theorie und Praxis um es mal gelinde auszudrücken. Auch

in diesem Zusammenhang wirkt auf uns der Haushaltsansatz von 340.000€ mehr als ambitioniert.  
Darüber hinaus ist im Stellenplan neben einer Hausmeisterstelle noch zusätzlich eine 75%‘tige Ingenieurstelle vorgesehen.  
Eine Co-Finanzierung kann ich diesem Haushalt nicht entnehmen, wäre aber aus unserer Sicht zwingend erforderlich.  
Ich denke da z.B. an die Kammern.  
Wir werden dieses Projekt der WFG weiterhin achtsam und kritisch begleiten.  
Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die Forschung den Hochschulen und Universitäten vorbehalten sein soll.

Breitbandausbau:

Ein schneller Breitbandanschluß ist heute unbestritten ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität der Bürger und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen im ländlichen Raum.

Im August 2018 startete endlich der flächendeckende Ausbau in unserem Landkreis. Unsere Bürger haben lange gewartet und haben hohe Erwartungen, manche vielleicht auch überzogene. Den Kreistagsmitgliedern und der Öffentlichkeit wurden imposante Zahlen präsentiert, es gab Gutachten, Markterkundungen und dicke Rechtsanwaltsrechnungen, noch bevor der erste Bürger überhaupt mit einem Breitbandanschluß versorgt war.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein Blick auf die uns vorgelegte Karte zum Stand der Bauaktivitäten bringt die erste Ernüchterung, wir sind deutlich in Verzug, unabhängig von der bekannten „Überbauproblematik“; es wird dauern, Frühjahr 2020 ist eine Illusion!

Nächste Ernüchterung: es wurde ein Versorgungsgrad von >100 Mbit/s an 98% der Adressen nach dem Ausbau versprochen, viele Bürger in ausgebauten Gebieten berichten von wesentlich geringeren Bandbreiten. Meine Damen und Herren wir fordern hier eine klare Überprüfung durch den Kreis als Auftraggeber und eine entsprechende Information an den Kreistag.

Die Kreisverwaltung sollte die Bürger noch umfassender informieren und sich den Fragen stellen. Ergreifen Sie die Chance und die Menschen im Kreis werden es Ihnen danken, wenn sie merken, dass sie bei diesem wichtigen Thema nicht alleine gelassen werden.

Kreisumlage:

Im Grunde befinden wir uns in einem Teufelskreis: Der Kreis kann die für seine Aufgaben nötigen Finanzmittel zum großen Teil nur über die Umlage einnehmen.

Bei steigenden Kosten beispielsweise für die soziale Sicherung, Kindergärten, die Sanierung von Schulen, den ÖPNV, die Besoldung der Mitarbeiter oder das Krankenhaus muss das Geld ja irgendwo herkommen, wenn es nicht über eine Erhöhung der Zuweisungen kompensiert werden kann. Denn auch die Möglichkeit der Aufnahme von Krediten ist begrenzt und angesichts der Belastung kommende Generationen nicht geboten.

Zudem ist die Streckung der Zahlung von Landeszuschüssen bis zu 10 Jahren für bereits abgeschlossene Baumaßnahmen einfach zu lang. Allein deren Reduzierung auf max. 3 Jahre, wie früher üblich, würde den vorliegenden Haushaltsentwurf ausgeglichen gestalten und den Spielraum für eine Umlagesenkung schaffen.

Meine Damen und Herren, betrachtet man die Rechnungsergebnisse der letzten 3 Jahre dann waren diese Haushalte im Wesentlichen nachträglich ausgeglichen. Dies zeugt von einer verantwortungsvollen Finanzführung und Kontrolle.

Lassen Sie mich dafür im Namen meiner Fraktion unseren Dank und Anerkennung an den verantwortlichen Kämmerer, Hr. Zehren und sein Team aussprechen.

Angesichts vorgenannter Unsicherheiten, insbesondere das Krankenhaus, Kita-Gesetz und Bundesteilhabegesetz betreffend, um nur einige zu benennen, sind wir der Meinung, dass die vorgeschlagene Kreisumlage in Höhe von 44% nicht gesenkt werden sollte.

Ein weiterer Punkt der uns Sorge bereitet ist die quasi nicht vorhandene Resonanz in der Bevölkerung, den „Interaktiven Haushalt“ betreffend.

Diesbezüglich hatten wir in der Vergangenheit mehr Aufklärungsaktivitäten seitens der Verwaltung eingefordert.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass hier noch Verbesserungspotential nach oben vorhanden ist.

Wie wäre es denn, wenn beispielsweise der TV anstelle einer ganzseitigen Berichterstattung über die Sorge eines Wirtes, seine Nachfolge betreffend, über die Möglichkeit von Änderungsvorschlägen im Kreishaushalt durch Bürger informieren würde, und das nicht erst kurz vor Ultimo sondern wesentlich früher?

Fazit:

Wenn unser Antrag auf die Schaffung der Stelle eines Klimaschutzmanagers Zustimmung findet, werden wir dem vorliegenden Haushalt zustimmen.

Bleibt mir nur noch mich im Namen der Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung als auch bei Ihnen werte Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit bedanken und Ihnen Allen geruhsame Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr zu wünschen.“

Paul Port, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Trier-Saarburg

**Es gilt das gesprochene Wort**